

Budower Lokal-Anzeiger

Zeitung für die Märkische Schweiz

Budower Bade- u. Verkehrsanzeiger



Erscheint wöchentlich dreimal (Dienstag, Donnerstag, Sonnabend). Bezugspreis mit Botenlohn in Budow monatlich 1,10 R.-M., durch die Post bezogen 1,28 R.-M., einschließlich Postgebühren. Verantwortlich für den gesamten Inhalt: Kurt Eirch, Budow, Fernsprecher Nr. 54

Anzeigenpreise: Die 6-gespaltene Zeile oder deren Raum 0,20 R.-M., im Werbeteil 0,50 R.-M. Anzeigenannahme an den Erscheinungstagen bis spätestens 9 Uhr vormittags. Druck und Verlag: Buchdruckerei Eirch, Budow (Märkische Schweiz), Königsstraße Nr. 4

Ämtliches Verkündungsblatt für die städtischen Behörden von Budow, sowie für die Gemeinden Waldsiefersdorf, Bollersdorf, Hasenholz usw.

Beilagen: Dienstag: Zeitbilder, illust. Unterhaltungsbeilage • Donnerstag: Der Garten und das Haus (14 täglich) • Sonnabend: Wort und Bild

Nr. 74

Sonntag, den 18. Juni 1933

38. Jahrgang

Was ist soziale Volkswirtschaft?

Wenn Sombart in einer seiner tiefreichenden Untersuchungen das Wesen des modernen Kapitalismus dahin definiert hat, daß er in dem „Streben nach Vermehrung einer Geldsumme“ bestehe, so hat er damit den Finger auf die schwächste Stelle des liberalistisch-kapitalistischen Zeitalters gelegt, das sich jetzt seinem Ende zuneigt. Der Kapitalismus, der im Rahmen des Wirtschaftsgedankens lediglich ein Mittel zum Zweck sein sollte — ebenso wie die Wirtschaft selbst nicht Selbstzweck ist, sondern nur dem Wohle des gesamten Volkes dienen soll —, ist in dieser Epoche vielfach in dem von Sombart gekennzeichneten Sinne Selbstzweck geworden: Das Kapital hat seinen nationalen Charakter verloren, es ist zu einer vagabundierenden, internationalen Macht geworden, die über die Grenzen der einzelnen Volkswirtschaften hinausgreift und Profite sucht, wo sie Profite finden kann. Aber der Kapitalismus als System der freien unternehmerischen Wirtschaft ist und bleibt die einzige bisher bekannte Wirtschaftsform, die die ausreichende Versorgung der Menschheit mit den notwendigen Bedarfsgegenständen sicherstellt. Dieser echte, nationale Kapitalismus betrachtet die „Vermehrung einer Geldsumme“ lediglich als ein Mittel zum Zweck: Nicht das Reichtum, nicht das Couponknippen ist sein Ziel, sondern die schaffende Arbeit, die nicht nur dem einzelnen arbeitenden Menschen sondern der Volksgemeinschaft Nutzen bringt. Jede berufliche Tätigkeit soll künftig nicht mehr dem nackten Zahlengewinn und falschen Ehrgeiz, sondern der Familien- und Volksgemeinschaft dienen.

Der Götzendienst des Geldes muß aufhören; das alte Wort, daß deutsch sein eine Sache um ihrer selbst willen zu tun heißt, muß wieder zu Ehren kommen. Von jeher erwarb sich ja derjenige Handwerker und Industrielle auf Messen und Märkten den besten Namen, der sich durch Qualität, Arbeit auszeichnete. Der Landwirt galt in Kulturländern als leistungsfähig, der nach höchstem Ernteertrag strebte, der dem Volk: strebte. Eine soziale Volkswirtschaft wird der Tüchtigkeit und dem Fleiße immer den Erfolg vorbehalten, aber nur insoweit, als dieser Erfolg auch tatsächlich dem Volksganzen zugute kommt. Dieser Erfolg darf — das wird das Grundgesetz sein — niemals zu einer Benachteiligung der Nation, der Gesamtwirtschaft führen. Dieses der Allgemeinheit schädliche Streben wird in Schranken gehalten, niemals aber die persönliche Initiative. Gewiß ist die Konkurrenz gesund und heilsam, aber ein nationalsozialistischer Staat, der als oberster Verwalter aller nationalen Interessen ausgleichend und richtend über den sich bekämpfenden Einzelinteressen steht, wird die freie Konkurrenz, die das Ideal des Liberalismus bildete, doch wesentlich einschränken müssen.

So kann man es verstehen und als gesund bezeichnen, wenn zum Beispiel ein Handwerkerstand wieder mehr Beachtung seiner prüfungsmäßig erworbenen Meisterschaft erstrebt und vor Elementen geschützt sein will, die im Handumdrehen Massenware seiner Art spekulativ emporwachsen lassen. Das gleiche ist bei dem soliden Handel der Fall, der sich in Schule und Lehre gewissenhaft auf seinen Warenverteilungsberuf vorbereitete und sich dann eine Unterdrückung durch jobberhafte Filialsysteme oder illegitim zugelassene Schmarotzer gefallen lassen soll. Im gleichen Sinne wehrt sich der Bauer gegen seinen ausländischen Konkurrenten. Mit der Industrie steht es ähnlich. Die Unternehmerinitiative braucht ein Staat, der sein Volk auf Kulturhöhe halten will. Ingenieur, Techniker und Kaufmann ziehen an einem Strange, um erzeugte Waren auf gesunden Märkten des In- und Auslandes unterzubringen. Nun legt die Staatskunst ein, die Voraussetzung dazu so zu schaffen, daß das Inland nicht auf irgendeiner Seite wirtschaftlich verödet. Die Parität des eigenen Volkes und Landes muß gewahrt bleiben. Je mehr Macht ein Volk durch innere Geschlossenheit besitzt, um so wirksamer sind die Regierungsmaßnahmen nach außen — auch auf dem Exportmarkt. Auch die Kartelle sind nicht ohne weiteres als volksfeindlich anzupreisen, nämlich dann nicht, wenn sie, wie zum Beispiel im Kohlenbergbau, dahin wirken, daß infolge ungünstigeren Abbaues schwer rentable Zechen oder Gruben dennoch im Betrieb erhalten werden und dann den Arbeitsmarkt entlasten. Selbst internationale Wirtschaftsvereinbarungen wie zum Beispiel auf dem Gebiete der Stahlherzeugung können vorteilhaft für die nationale Wirtschaft sein, wenn sie den inneren Arbeitsmarkt schützen helfen.

Preisunterbietungen im Lager von Handel, Handwerk und Gewerbe heißen oft staatlichen Einspruch, wenn die Schleuberkonkurrenz und die vielen Augenblicksgeschäfte auf Kosten der anständigen ehrlichen und anständigen Steuerzahler im Lande gehen. So wird die soziale Volkswirtschaft der Zukunft wieder den Segen aller Arbeit herstellen und dafür sorgen, daß jeder an seinem Teile arbeitet und verdient, aber so, daß die Gesamtwohlfahrt des Volkes gewahrt bleibt. Eintracht und Wirtschaftsfrieden im Innern, die so gewonnen wurden, verbürgen dann aber auch kraftvolle Vertretung der wirtschaftlichen Belange nach draußen, geben die Möglichkeit, im Konzern der Völker nachdrücklich für unsere Interessen einzutreten, um uns im Wettbewerb der Nationen den Platz zu erobern, der für die Wohlfahrt des gesamten Vaterlandes erforderlich ist.

Neues in Kürze

Nach begeistertem Empfang durch die Bevölkerung von Bernau weihte Reichskanzler Hitler die dort gegründete Reichsführerschule der NSDAP. und NSD. ein.

Die studentische Arbeitsdienstpflicht wurde von Kultusminister Dr. Rust auf dem Berliner Opernplatz feierlich verkündet.

Das Preussische Staatsministerium hat ein Gesetz über die Bestätigung von Beamten der Gemeinden und Gemeindeverbände verabschiedet.

Der frühere Reichsarbeitsbeschaffungskommissar, Dr. Gerke, wurde wegen fortgesetzten Betruges zu 2 1/2 Jahren Gefängnis und 100 000 RM Geldstrafe verurteilt.

Goebbels-Rede in Hamburg

Hamburg, 17. Juni.

Den Abschluß des Hamburger Besuchs des Reichsministers Dr. Goebbels bildete eine Massentkundgebung der NSDAP.

Es ist an der Zeit, sagte Dr. Goebbels, vor falschen Freuden zu warnen. Wir Nationalsozialisten haben die Revolution gemacht. Wenn man sich heute an unsere Rücksichtlosigkeit hängt, so sagen wir: Ihr kommt zu spät. Ein Recht, diese Revolution auszugestalten, hat aber nur derjenige, der sie mitgemacht hat. Die Massen sollen hinter uns stehen. Aber die Politik soll eine kleine, zielbewusste Minderheit machen. Diese Minderheit ist unsere „alle Garde“.

Der Marxismus ist heute Schachmatt gesetzt. Er verwendet seine Giftspitze nur noch aus dem Verborgenen, aber auch dieses Tun fordert unsere ganze Wachsamkeit. Wir trauen nicht dem Spiel, das zur Zeit in der SPD. getrieben wird. Wir glauben noch nicht dem Abtrüden von den Prager Emigranten. Aber eines sollen diese Herren wissen:

Wenn sie uns von Prag aus Schwierigkeiten machen, dann helfen wir uns an die, die in Deutschland blieben. Mit einem Siegel auf Führer, Volk und Idee des Nationalsozialismus schloß der Minister seine begeistert ausgenommene Rede.

Habicht von Hitler empfangen

Berlin, 17. Juni.

Reichskanzler Adolf Hitler empfing den Presseattaché der deutschen Botschaft in Wien Habicht zu einer mehrstündigen Aussprache. Der Reichskanzler nahm den Bericht über die Vorgänge in Oesterreich, bekanntlich der Heimat des Reichskanzlers, zur Kenntnis. Am Schluß der Unterredung sprach der Führer dem Parteigenossen Habicht seinen Dank aus und versicherte ihn erneut seines besonderen Vertrauens.

Oesterreichs Wirtschaft mahnt

Wien, 17. Juni.

In Dornbirn (Vorarlberg) wurde auf einem Handels-, Gewerbe- und Industrietag eine Entschliebung gefaßt, in der die rascheste Wiederherstellung guter Beziehungen zum Deutschen Reich und die Einstellung der wirtschaftsschädigenden deutschfeindlichen Pressepropaganda gefordert wird.

Eine Extraausgabe des nationalsozialistischen „Kampfruf“ meldet, daß sich nach den Entschliebungen der Gerichte die Anschuldigungen gegen die verhafteten nationalsozialistischen Führer als haltlos erwiesen haben.

Sturmjahren im niederösterreichischen Landtag

Im niederösterreichischen Landtag kam es zu stürmischen Szenen und Zusammenstößen zwischen den Sozialdemokraten und Christlichsozialen auf der einen und den Nationalsozialisten auf der anderen Seite. Da Taktlosigkeit auszubrechen drohten, unterbrach der Vorsitzende die Sitzung. Nach Wiederaufnahme der Sitzung ging der Tumult von neuem los. Schließlich verließen die Christlichsozialen im Verein mit Sozialdemokraten, die Nationalsozialisten aus dem Saal zu drängen, wobei es zu Tätlichkeiten kam.

Wegfall der Beamtenvertretungen

Berlin, 17. Juni.

Der Reichsminister des Innern hat im Anschluß an das Vorgehen Preußens an sämtliche Reichsressorts die Aufforderung gerichtet, die Beamtenvertretungen im gesamten Bereich der Reichsverwaltung aufzuheben, weil ihre Einrichtung ein Verhältnis zwischen Dienstvorgesetzten und Beamten voraussetzt, das nicht auf Vertrauen von Mensch zu Mensch gegründet ist, sondern im Zeichen innerer Entfremdung stehend der Einkaltung eines Zwischengliedes bedarf. Diese Auffassung über das Verhältnis zwischen Vorgesetzten und Untergebenen muß nachdrücklich bekämpft werden. Der Reichsminister des Innern hat auch die außerpreussischen Landesregierungen ersucht, im gleichen Sinne zu verfahren.

Trauerbeflaggung am 28. Juni

Berlin, 17. Juni.

Zum Zeichen der Ablehnung des vor 14 Jahren beschlossenen Diktates von Versailles und zum Ausdruck der Trauer, daß das deutsche Volk noch immer unter dem harten Druck dieses Diktates leidet, sehen am Mittwoch, den 28. Juni, die Behörden des Reiches, der Länder und der Gemeinden die Flaggen auf halbmast. Die Reichsregierung ruft das gesamte deutsche Volk auf, sich dem Vorgehen der Behörden anzuschließen.

Am 28. Juni wird in allen preussischen Schulen in der letzten Vormittagsstunde die versammelte Schülerschaft in würdiger Form auf die Bedeutung dieses Tages und des Versailles Diktates durch den Anstaltsleiter hingewiesen. Die ursprünglich vorgesehene Teilnahme der Schülerschaft an Kundgebungen ist dagegen durch eine neue Anordnung des Kultusministers aufgehoben.

NSDAP-Führer tagen

Berlin, 16. Juni.

Der zweite Tag der Führertagung der NSDAP. wurde durch eine Rede des Stellvertreters des Führers Rudolf Heß eingeleitet. Seinen Ausführungen stellte er den Gedankensatz voraus, daß die nationalsozialistische Bewegung das Rückgrat und das Stahlgerippe des neuen Staates sei.

Jeder Versuch des Marxismus, aufs neue sein Haupt zu erheben, müsse radikal unterbunden werden. Andererseits müsse sich die ganze Organisation der Bewegung auf die positive Arbeit für den neuen Staat einstellen.

Nach der Rede von Heß nahm Dr. Lenz das Wort zu einer Ansprache, in der er betonte, daß innerhalb von zwei Jahren der Klassenkampf ausgerottet und dadurch den arbeitenden Menschen der größte Schutz gegeben werden müsse.

Nachdem der Leiter des Amtes für ständischen Aufbau Pp. Dr. Frauendorfer das Wesen und die Grundzüge des ständischen Aufbaues entwickelt hatte, sprach Reichspropagandaleiter Dr. Goebbels, der sich insbesondere mit der Gestaltung des Verhältnisses von Partei und Staat sowie mit aktuellen Propagandafragen beschäftigte.

Er wies darauf hin, daß die Frage der Eingliederung der neuen Parteigenossen in die nationalsozialistische Organisation in Kürze durch einen Erlass geregelt werde.

Hitler über das Führertum

Berlin, 17. Juni.

In Fortsetzung der Führertagung der NSDAP. behandelte Reichskanzler Hitler das Thema: Führung und Führertum. Ingeheimt gesehen, werde das Volk, daß es am besten versteht, jeden Volksgenossen auf den Platz zu stellen für den er gewissermaßen geboren ist, die größte Leistung im Völkerverleben hervorbringen. Der Grund, daß Deutschland eine politische Führung bisher nicht entwickelt habe, sei darin zu suchen, daß das vergangene Jahrhundert die politische Führung mehr und mehr einer aus rein wirtschaftlichen Erfolgen heraus entwickelten Gesellschaftsschicht anvertraute. Die politische Führung sei wesentlich eine organisatorische. Der Staat sei in diesem Jahrhundert fast ausschließlich regiert worden nach Magimen, mit denen man Aktiengesellschaften regierte. Mit geradezu innerer Gesetzmäßigkeit habe das Volk begonnen, sich gegen diese Art von Führung zu wehren.

Es müsse eine Schule des praktischen Lebens aufgebaut werden, die nicht nur gewissen Gesellschaftsschichten, sondern für alle offen stehe, die sich zum politischen Kampf berufen fühlen. Es sei die Aufgabe der nationalsozialistischen Bewegung, parallel der Führung des kulturellen und wirtschaftlichen Lebens nun auch ein politisches Führertum organisch aufzubauen.

Die deutsche Revolution sei erst dann abgeschlossen, wenn das ganze deutsche Volk völlig neu gestaltet, neu organisiert und neu aufgebaut sei. Wenn das Volk richtig in seiner politischen Führung erzogen werde, dann werde es auch den sozialen Geist zur Geltung bringen, denn wer nur in wirtschaftlichem Denken lebe, werde niemals wirklich sozial denken und handeln können. Wie die Führung sei, so sei das Volk und sein Schicksal.

Letzland lenkt ein

Beilegung der Streitpunkte.

Berlin, 17. Juni.

Der lettische Außenminister hat dem Reichsaussenminister Freiherrn von Neurath in London die blindende Erklärung abgegeben, daß die lettische Regierung mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln jeden Boykott gegen deutsche Waren verhindern und jede Boykottpropaganda unterbinden wird. Ferner hat die lettische Regierung gerichtliche Maßnahmen gegen die Veranstalter der Verjämmling südlicher Organisationen, in der der Boykottbeschuß gefaßt worden ist, eingeleitet. Die deutsche Regierung wird daraufhin die Einfuhr lettischer Butter wieder zulassen.